

**Haushaltsrede  
des Vorsitzenden der  
Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat  
Dr. Bernhard Braun**

**am 01.03.2010**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Stadtvorstand  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat

Ich möchte mich gleich dem Dank anschließen, wenn man hört, was geleistet wurde, um den doppelten Haushalt uns allen im Stadtrat zu erklären, dann war das bestimmt eine Großtat. Wir werden noch einige Zeit brauchen, der Stadtrat und auch der Stadtvorstand, um dem Sinn des doppelten Haushalts zu folgen.

Ich habe eine Broschüre vom Finanzministerium bekommen in der steht, der doppelte Haushalt soll die Diskussion im Stadtrat vereinfachen. Der doppelte Haushalt soll dafür da sein, dass der Stadtrat nur noch Wünsche äußern muss. Wir hätten beispielsweise gern einen ErzieherInnen-Schlüssel in den verschiedenen Einrichtungen, der besser ist, als der jetzige - 20 % und der Stadt setzt dies dann um. So war der doppelte Haushalt gedacht und so ist er wohl auch gedacht. Aber er ist nicht dazu gedacht, dass man nachvollziehen kann, welche einzelnen Ausgaben in der Stadt getätigt werden und welche nicht. Vielleicht ist das eine neue politische Aufgabe für den Stadtrat in die Zukunft gesehen. Wir wollen hoffen, dass wir in Zukunft so Politik machen können.

Im Moment können wir sie nicht machen. Wir können ja eigentlich gar nichts beschließen, weil wir so im Minus sind, dass wir handlungsunfähig sind. Das, meine Damen und Herren ist die heutige Debatte, die nicht unbedingt die Zukunftsperspektive in den Mittelpunkt stellen kann, sondern die Verantwortung in den Mittelpunkt stellen muss.

Die Verantwortung, wie gehen wir damit um, dass die Stadt Ludwigshafen als Stadt, als Stadtverwaltung, für die Bürgerinnen und Bürger existieren kann. Ich habe einen Artikel einer Ludwigshafener Zeitung gerade gestern wieder gefunden. Darin heißt es als Überschrift: „Kämmerer Zeiser warnt vor immensen Zinsen“. Das war ein Artikel aus dem Jahre 2001. Da haben wir hier alle gedacht, es ist das erste Mal, dass es eine große Verschuldung gibt und es ist das erste Mal, dass dieser Stadtrat handlungsunfähig wird - seit 9 Jahren.

Es kann Zufall sein, dass es die Zeit der Oberbürgermeisterin ist. Seit 9 Jahren diskutieren wir hier, wie wir uns irgendwie über Wasser halten können und diskutieren nicht mehr inhaltlich politisch, wo es hingehen soll, weil die Verschuldung jedes Jahr weiter anwächst. Ich möchte noch einmal deutlich machen: 150.000 Euro pro Tag zahlen wir an Zinsen und wenn wir 150.000 Euro pro Tag an Zinsen zahlen, haben wir doch einen Fehler gemacht und völlig in die falsche Richtung gesteuert.

Weil diese 150.000 Euro brauchen wir für viel Dinge hier in Ludwigshafen, die brauchen wir für soziale Abfederung, die brauchen wir für Bildung, die brauchen wir für Investitionen in die Schulen, die brauchen wir für Investitionen in öffentliche Gebäude, die brauchen wir für den öffentlichen Nahverkehr und die brauchen wir auch zum Schutz der Umwelt und zur Gestaltung dieser Stadt.

150.000 Euro pro Tag an Banken zu zahlen müsste uns jeden Tag wehtun und das kann nicht die Zukunft unserer Stadt sein, mit den 150.000 Euro pro Tag Banken am Leben zu halten, während wir die Bahnhofsmission in Ludwigshafen schließen, weil offiziell die Stadt keine 20.000 Euro im Jahr hat. Das kann nicht sein, das darf nicht sein. Das ist nicht die Zukunft von Ludwigshafen.

Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir auch in die Vergangenheit schauen. Wie kam es denn zustande? Natürlich sind Gesetze von der Bundesebene und von der Landesebene hauptsächlich schuld daran, dass wir weniger Steuern einnehmen. Aber dieser unsägliche und unglückliche Steuerdeal mit der BASF, mit dem größten Steuerzahler vor Ort, dass wir nur 360 Punkte Gewerbesteuer in Ludwigshafen vereinnahmen und das schon viele, viele Jahre. Dieser unsägliche Deal führt doch dazu, dass wir eben nicht wie bei der Grundsteuer, wo am Schluss der Mieter und die Mieterin zahlen müssen, dass wir eben nicht wie bei der Grundsteuer und bei den Gebühren immer wieder nachfordern können und die Schrauben fester anziehen können.

Nein. Bei der Gewerbesteuer da bleiben wir harmlos, da bleibt der Stadtrat harmlos. Das kann man auch verstehen, aber heute sind wir in der politischen Diskussion und es ist der falsche Weg zu sagen, wir müssen Firmen, die Milliarden Gewinne machen - zum Glück macht die BASF noch Gewinne, das will ich auch nicht ankreiden - immer weiter entlasten und die Bürger immer mehr belasten. Das ist der falsche Weg. Jeder muss in diesem Staat und in dieser Stadt, seinen Teil dazu beitragen, damit wir handlungsfähig bleiben und ich sage dazu ausdrücklich: Jeder!

Die Bürgerinnen und Bürger machen es und da sollten es auch die Industrie und diejenigen, die Gewinne machen, tun. Das ist leider eine Schiefelage, die wir in Ludwigshafen haben.

Der Finanzminister von Rheinland-Pfalz hat gerade gestern gesagt, er stehe an der Seite der Kommunen in Rheinland-Pfalz. Es gab eine Pressekonferenz bzw. Pressemitteilung von Herrn Kühl, dass er auf jeden Fall solidarisch mit den Kommunen agiert und den Bund auffordert, Kosten in den Kommunen zu übernehmen. Wenn wir aber sehen, wie das Land mit den Kosten umgeht, die wir in der Kommune haben, dann kann ich diese Meldung nur in eine lange Reihe von Meldungen einordnen, nämlich versprochen, versprochen nie gehalten.

Wir haben vom Land Rheinland-Pfalz nicht mehr bekommen in letzter Zeit, wir bekommen ja immer weniger, als die anderen Länder. Es kann nicht sein, dass man da ungestraft sagt: „Ja, ich stehe solidarisch da“, ducke mich aber weg, wenn ich gefragt bin. Das ist keine verantwortliche Haltung.

Deswegen ist es wichtig, dass die Fraktionen in diesem Rat, auch die Fraktionen, die die Mehrheit haben in diesem Rat, konsequent vom Land und vom Bund einfordern - ohne Rücksicht auf parteipolitische Schienen -, dass in Ludwigshafen mehr gefördert wird und wir brauchen das und Sie haben zu Recht gesagt, nicht nur eine Grundförderung, sondern eine Investitionsförderung. Denn das süße Gift der Subvention wirkt manchmal auch fatal.

Als Beispiel nenne ich den Pfalzbau. Als erstes haben wir hier über 5 Mio. D-Mark Sanierungskosten geredet. Die Grünen haben damals vorgeschlagen, die 5 Millionen zu verschieben und woanders kurzzeitig eine Spielstätte aufzumachen. Das war im Jahr 2001 oder 2002. Es hieß damals im Stadtrat, solchen verrückten Ideen können wir nicht folgen; wir müssen den Pfalzbau beispielbar halten und es geht nicht anders.

Sie sehen, im Nachhinein hat es tatsächlich 5 Jahre gedauert bis die Kosten, die Pläne umgesetzt wurden; es war also realistisch.

Es freut mich, dass jetzt auch die CDU anerkennt, dass wir die Hochstraße aus städtischen Mitteln nicht unendlich sanieren können. Es war immer eine Forderung der Grünen, wir müs-

sen es aufschieben und wir müssen im Endeffekt sogar Straßen sperren. Was haben Sie uns ausgelacht, Herr Jöckel, was haben Sie hier protestiert und von Träumerei gesprochen und von völlig unrealistischem Verhalten gesprochen, als wir dies gesagt haben, bevor wir weiter in die Verschuldung gehen, bevor wir weiter Zinsen zahlen, Zinseszinsen zahlen für unnötige Straßensanierungen, sperren wir lieber eine Straße.

Wenn Sie heute so weit sind; es wäre es schöner gewesen, Sie hätten das schon vor 10 Jahren erkannt und der Schuldenstand der Stadt wäre nicht so angewachsen. Es gibt also auch durchaus Mittel und Wege, die man gehen muss und manchmal ist die Not ein bisschen früher da, als man sie erkennt, da muss man ein wenig weiter in die Zukunft blicken.

Beim Pfalzbau haben wir inzwischen 50 Millionen Belastung und das sind nicht nur allein die Investitionen, wir haben 50 Millionen Belastung für die nächsten Jahre insgesamt, für die Renovierung einerseits, aber, und das ist eben das süße Gift der Subvention, wir haben jetzt jedes Jahr mehr als 500.000 Euro Mehrkosten im Pfalzbau, weil er saniert worden ist, weil jetzt eine andere Technik da ist.

Das hat uns hier im Stadtrat niemand angekündigt. Das waren Beschlüsse im Stadtrat, die bei denen wir mit solchen Folgekosten nicht gerechnet haben und das ist der Verwaltung anzurechnen. Es ist nicht dem Stadtrat anzurechnen, dass wir jetzt auf Kosten sitzen, die angeblich unabwendbar sind und schon immer waren und die wir jetzt tragen müssen und die natürlich in anderen Bereichen fehlen und das hätte der Stadtrat wissen müssen. Darüber hätte er informiert werden müssen, dass solche hohen Kosten anfallen und deswegen auch später weitere Folgekosten anfallen.

Wir haben jetzt noch eine Chance bei den 8 Millionen - auch da das süße Gift der Subvention, wir kriegen es ja vom Land. Deswegen machen wir jetzt eine Energiesanierung für 8 Millionen. Ich will nur das eine Beispiel der Energiesanierung Pfalzbau nennen. 8 Millionen für die Außenhaut, angeblich für die Energiesanierung.

Sie wissen alle genau, dass der Pfalzbau über die Fernwärme geheizt wird. Fernwärme fällt an in Ludwigshafen und die Fernwärme wird, wenn sie nicht in Heizung umgesetzt wird, im Moment noch in die Luft geblasen. Ökologisch ist es nicht unbedingt sinnvoll, die Fernwärme in die Luft zu blasen. Auf der anderen Seite wissen Sie auch, wenn wir die Energiesanierung machen, dass dann natürlich auch Einnahmeausfälle bei den TWL da sind. Ich will gar nicht im Moment gegen die Energiesanierung reden, aber wenn wir die möglichst kostengünstig machen würden und nicht den Pfalzbau mit einer Außenhaut versehen würden, die dann noch sehr hübsch sein soll, könnten wir die Hälfte der Kosten einsparen und diese dann in eine sinnvolle, energetische Sanierung von Schulen zu stecken.

Das ist ein Konzept das sollten Sie sich jetzt noch überlegen. Das ist ökologisch, ökonomisch sinnvoll, Herr Zeiser, Sie können aber auch gleich „Nein“ sagen. Manchmal kann man aber auch Dinge herumreißen, wenn man erkennt, dass das eine sinnvollere ist, als das andere und dann zum Handeln übergehen, um das sinnvollere zu tun und das wenig sinnvollere zu lassen.

Darum fordere ich Sie auf, darüber noch einmal nachzudenken und deswegen haben wir auch den Antrag gestellt, darüber nachzudenken, damit die Schulen schneller und besser saniert werden können und damit auch die Aufgabe „Pfalzbau“ erledigt sein kann.

Es gibt Möglichkeiten nicht nur den Subventionen nachzulaufen, es gibt auch Möglichkeiten eigen zu handeln. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir haben hier seit 10 Jahren eine Diskussion haben, in der es – auch vom Stadtvorstand - immer wieder heißt: „Wir können ja nichts dazu, dass diese Situation so ist, wie sie ist“. Ich glaube das nicht.

Natürlich ist der Stadtvorstand auch immer mit gefragt, Sparpläne auf den Weg zu bringen. Ich weiß, wir haben genug Folien gesehen und genug Vorträge gehört. Ich weiß, dass es auch Einsparungen gab, aber die Aktion „Pfalzbau“ ist bestimmt nicht so durchdacht gewesen, dass man sagen kann, der Stadtvorstand hat von vornherein immer und ohne jegliche Schuld und ohne jegliche eigene Verantwortung so gehandelt, dass er möglichst sparsam mit den Mitteln der Bürgerinnen und Bürger umgegangen ist.

Und es gibt auch andere Dinge, noch vor ihrer Zeit Frau Dr. Lohse und auch vor ihrer Zeit Herr Zeiser, man kann Dinge in Ludwigshafen finden. Nehmen wir nur die zweite Röhre unter dem Hauptbahnhof, wo die U-Bahn ausgebaut werden sollte, die uns später noch mal viel Geld kosten wird. Man kann Dinge in Ludwigshafen finden, die sind völlig überdimensioniert gebaut worden und es hat niemand auf die Mahnungen gehört, die von den kleinen Fraktionen eingebracht wurden. Es ist ja nicht so, dass wir darüber nicht diskutiert hätten, sondern es gab immer wieder Ansätze, wo man hätte sagen können: Wir machen es anders.

Meine Damen und Herren, der Sozialetat wird in Ludwigshafen immer größer. Wir müssen uns natürlich überlegen, wie wir für die Zukunft einen sozialen Ausgleich hinbekommen. Wie wir den Kindern hier in Ludwigshafen, denen die bedürftig sind, helfen können und wie wir auf Dauer Bildung sichern können. Die Bildung können wir nur sichern, wenn wir den Kindern von Anfang an eine Chance gewähren, wenn wir ihnen zeigen, wie sie in ihrem Leben selbständig zu Recht kommen können, d. h. wir brauchen eine Betreuung von Kindern von Anfang an; die muss sichergestellt werden.

Wir brauchen aber auch Betreuung für diejenigen, die in den Institutionen sind, beispielsweise in den Kindertagesstätten. Für die brauchen wir ein gesundes Mittagessen, das finanzierbar ist. Es kann nicht sein, dass nur bestimmte das Mittagessen günstiger bekommen und dass andere, zum Beispiel Geringverdiener, dieses Mittagessen nicht günstiger bekommen. Wir können auf die Dauer ein soziales Engagement nur dann erfüllen, wenn auch Geringverdiener - also die Leute, die für wenig Geld arbeiten und von morgens bis abends arbeiten - die Entlastungen spüren können und deswegen haben wir hier im Stadtrat noch einmal beantragt, dass wir 400.000 Euro dafür einsetzen, dass Kinder von Geringverdienenden, Männern und Frauen, in den Institutionen ein günstiges Mittagessen bekommen. Ich glaube, diese 400.000 Euro würden zumindest für dieses Jahr ausreichen und wir würden uns da sozusagen an die Grenze anschließen, die bei den Schulbüchern gilt. Wir haben ja auch bei den Schulbüchern eine Grenze gezogen, die oberhalb von Hartz IV liegt, die durchaus sinnvoll ist.

Wir haben im Stadtrat über den Sozialpass, über soziale Vergünstigungen, gerade im Nahverkehr diskutiert. Es ist schon enttäuschend, wenn die SPD sagt, wir setzen uns für Familien ein, wir setzen uns für sozial Schwache ein und wenn ich dann sehe, welche Versprechungen wir immer wieder hören, was den Sozialpass und was den öffentlichen Nahverkehr angeht. Wenn ich dann die Ergebnisse sehe, ist es nur heiße Luft, was am Schluss bei der Diskussion um Sozialpass herauskommt: eine Jugendleiterkarte und das war's.

Das kann es nicht gewesen sein, wir müssen hier Druck entwickeln. Wir müssen mehr machen, um sozial Schwache besser zu stellen, damit sie eben in Arbeit gehen können. Es kann niemand in Arbeit gehen, der es sich nicht leisten kann, zur Arbeitsstelle zu fahren. Deswegen brauchen wir auch im öffentlichen Personennahverkehr diese Vergünstigungen.

Ich will auch noch zur Stadtentwicklung kommen. Es ist natürlich schwierig zu diskutieren in einer Stadt, die völlig pleite ist, ob wir uns den „Luxus“ einer Stadtentwicklung leisten können, die umweltgerecht ist. Beispiel Vögele: 40 Hektar einer freien Ackerfläche für einen einzigen Betrieb zu verwenden, hielten die Grünen für falsch und halten das immer noch für falsch.

Die nächste Diskussion „Bäckerei Görtz will nach Ludwigshafen“. Da haben wir nichts dagegen. Aber wir haben vor ca. 20 Jahren diese Fläche, wo jetzt die Bäckerei Görtz angesiedelt werden soll, in eine Grünfläche umgewandelt. Sie war als Baufläche vorgesehen. Dafür wurde die Mörschgewanne in Rheingönheim zur Gewerbefläche und es hieß damals, dafür bleibt für immer und ewig der Korridor frei. Jetzt ist auch diese Grünfläche dabei, zugebaut zu werden und wir müssen in Ludwigshafen auch auf die Lebensqualität achten.

Wir haben viele Neubaugebiete, wir wollen junge Familien in Ludwigshafen ansiedeln. Das Ziel der Grünen war immer, zugunsten einer gerechten, einer guten Umweltentwicklung, junge Familien anzusiedeln. Auch steuerfinanziell ist das sinnvoll, dass wir dauerhaft eine gute Steuereinnahme haben; die schwankt nicht so sehr wie die Steuer, die wir über die BASF bekommen. Wir hätten eine Möglichkeit, jenseits von dem was bisher gelaufen ist, noch zusätzlich junge Familien nach Ludwigshafen zu holen und da sind wir uns ja einig.

Wir sind uns nur nicht einig darin, wie man das am Besten macht und wenn wir alle Frei- und allen Grünflächen zuzubauen, egal aus welchen hehren Anlässen, dann ist Ludwigshafen kein attraktiver Wohnstandort mehr.

D. h. wir können uns hier im Stadtrat einen Flächennutzungsplan und einen Stadtentwicklungsplan sparen, wenn wir jedes Mal hier im Stadtrat neu beschließen, das was bisher Grünfläche war, wird Gewerbegebiet. Es gibt fast in jeder Sitzung hier im Stadtrat solche neuen Beschlüsse und so kann man eine Stadt nicht zum Positiven lenken, sondern man muss, wenn man Grünflächen erhalten will und wenn man Aufwertung machen will, das auch durchziehen.

Wir haben bei unseren Anträgen gefordert, dass wir zumindest einmal 200.000 Euro mehr einstellen zugunsten der Schulhofsanierungen, die ökologisch orientiert sind, damit es wenigstens in einem Bereich vorwärts geht.

Sie wissen, wir haben hier lange über Fällung von Bäumen diskutiert, die in Ludwigshafen immer wieder anstehen und wir diskutieren auch immer wieder darüber, wie die Ausgleichsflächen gestaltet werden. Es kann aber nicht sein, dass es für Vögele eine Ausgleichsfläche gibt, jenseits von Rheingönheim bzw. zwischen Rheingönheim und Mundenheim und dann im nächsten Moment die auch schon wieder bebaut oder zumindest direkt daneben gebaut wird und dann muss es wieder eine Ausweichfläche geben, die einfach nicht vorhanden ist.

Für Ludwigshafen ist zumindest für die Zukunft auch die Sanierung der Altlasten in Ludwigshafen wichtig. Wir haben mit dem Metrogelände eine wirkliche Herkulesaufgabe und da ist vollkommen klar, dass wir das nicht allein schultern können, dass da das Land gefragt ist und dass das Land Know-how geben muss, wie man eine solche Fläche sanieren kann. Wir können sie nicht für immer in Ludwigshafen belassen und nur absichern. Nein, solche Flächen müssen auch saniert werden. Das geht mit eigenen Mitteln nicht und deswegen fordern wir die Anstrengung, dass das Land in Zukunft hier mit einbezogen wird.

Wir haben in Ludwigshafen bestimmt auch viele positive Entwicklungen d. h. wir haben im Moment noch nicht sehr viel Verlust an Einwohnerinnen und Einwohnern. Aber genau deswegen wollen wir ja diese Stadt in Zukunft attraktiv halten. Deswegen wollen wir mehr in die Bildung investieren, deswegen wollen wir mehr in die Sanierung von Gebäuden investieren und deswegen wollen wir auch mehr in die Energiesanierung investieren, damit Gelder frei werden. Gelder, die wir nicht haben und die, wenn sie finanziert werden, später wieder mit Zinseszins finanziert werden müssen.

Das Konzept heißt „Einsparen bei den Ausgaben“, die permanent immer wieder auf uns zukommen. D. h. bei den Energieausgaben, das heißt aber auch solche Ausgaben, wie wir sie jetzt am Pfalzbau anfallen sehen und d. h. wenigstens auf dem Niveau - solange wir es noch können - eine freie Spitze zu schaffen, um das ein oder andere finanzieren zu können.

Zum Schluss noch etwas über die Kleinen und Großen hier im Stadtrat. Es ist doch natürlich schwer für die kleinen Fraktionen und für die kleinen Parteien, wenn die zwei großen, wenn SPD und CDU sich immer gegenseitig zusichern - außer beim venezianischen Fasching -, dass sie alles richtig gemacht haben. Das ist natürlich schwierig für eine kleine Fraktion dann durchzukommen.

Die Einbindung der kleinen Fraktionen - da können vielleicht auch mal andere darüber reden oder können dazu etwas sagen - die Einbindung der kleinen Fraktionen ist äußerst schwach. Dazu kommt, dass wir als Stadtrat immer wieder mit neuen Mitteilungen konfrontiert werden.

Ich z. B. – ich muss das nicht vorher wissen; das können Sie schon so sagen – ich habe jetzt in der Zeitung gelesen, dass unser verdienter Baudezernent jetzt GAG-Chef werden soll. Am nächsten Tag lese ich in der Zeitung, dass der verdiente Fraktionsvorsitzende jetzt Baudezernent werden soll. Das ist eine Sache, die man in einem Stadtrat nicht scheinbar über die Presse erfahren sollte. Das ist eine Sache, die anders kommuniziert werden sollte.

Ich halte auch für falsch, dass die FWG jetzt sagt, dann schreiben wir doch gar nichts mehr aus; ihr macht doch sowieso, was ihr wollt. Das ist nicht Politik. Politik heißt, man muss die Besten aussuchen und man muss dazu ein Auswahlverfahren haben. Und wenn das Auswahlverfahren bedeutet, dass der CDU-Parteivorsitzende und der CDU-Fraktionsvorsitzende die Besten sind - weil die SPD keine zu bieten hat oder ich weiß nicht warum - dann kann ich nur sagen, das ist das falsche Auswahlverfahren und es muss breiter und besser angelegt sein. Nicht nur bei inhaltlichen Dingen, auch bei personellen Dingen ist es wichtig, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen.

Die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen fördert hinterher dann auch die Akzeptanz. Ich halte in Ludwigshafen im Moment die Nachvollziehbarkeit der Entscheidung weder im Bereich der inhaltlichen Politik noch im Bereich der Personalpolitik für angebracht und für ausreichend. Ich glaube, Ludwigshafen hat da mehr Transparenz verdient und ich halte es nur für richtig, dass man solche Vorgänge transparenter macht, dass man mehr Leute mitnimmt und dass man eine solche Diskussion dann nicht über die Zeitung führt, sondern, dass man eine solche Diskussion, wenn man Unterstützung haben will, auch im Rat führen muss.

Es ist wichtig, dass die Zukunft der Stadt im Stadtrat bestimmt wird, darum ist er gewählt worden. Der Stadtrat bestimmt die Zukunft, die Verwaltung führt aus, was der Stadtrat beschließt. Deswegen muss der Stadtrat die Verantwortung übernehmen, muss Führungsrollen übernehmen und nicht die Verwaltung. So verstehe ich zumindest die Politik, die wir haben müssen und so verstehe ich auch die Möglichkeit, gut in die Zukunft zu kommen.

Vielen Dank!